

## **Philologenverband warnt die Union vor der Aufgabe ihrer bildungspolitischen Grundsätze**

Der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, hat mit Blick auf die beabsichtigte Kursänderung hin zur Zweigliedrigkeit die CDU davor gewarnt, zusammen mit der Aufgabe der Hauptschule auch ihre bildungspolitischen Grundsätze über Bord zu werfen.

„Wer heute allein wegen der Demographie die Hauptschule aufgibt, kann morgen aus gleichen Gründen auch einer Zusammenlegung von Ober-, Stadtteil- oder Sekundarschulen mit Gymnasien das Wort reden“, sagte Meidinger.

Der Verbandsvorsitzende erinnerte daran, dass die begabungsgerechte abschlussbezogene differenzierte Förderung von Schülern in passgenauen unterschiedlichen Schularten immer zu den Grundüberzeugungen der Unionsbildungspolitik gezählt habe.

„Es ist unstrittig, dass in einer Reihe von Bundesländern die Hauptschule nicht mehr bestandsfähig ist bzw. bereits abgeschafft oder mit Realschulen zusammengelegt wurde. Es ist aber genauso unstrittig, dass es noch weit über 1.000 sehr gut funktionierender eigenständiger Hauptschulen und eigenständiger Realschulen in Bundesländern gibt, die sehr gute PISA-Ergebnisse vorweisen können. Diese jetzt einfach aufzugeben ist aus qualitativen und pädagogischen Gründen unsinnig“, betonte Meidinger.

Entscheidend sei nicht die Frage Zwei- bzw. Drei- oder Viergliedrigkeit, entscheidend sei, ob im jeweiligen Schulsystem eine differenzierte Förderung auf die unterschiedlichen Abschlüsse erfolge. Eine bloße Vermischung von Haupt- und Realschulabschluss nütze beiden nicht, dem Hauptschüler und dem Realschüler, und berge die Gefahr, dass die Berufsorientierung des Hauptschulabschlusses und das Niveau der Mittleren Reife Schaden nehme.

Meidinger bezeichnete das sächsische Schulmodell als ein qualitativ hochwertiges, in Teilen vorbildliches System. „Allerdings funktioniert dieses Modell auch deshalb so gut, weil es mit einem erforderlichen Notenschnitt von 2,0 eine hohe Messlatte für die Aufnahme in die Gymnasien festlegt. Wird sich die CDU auch dazu bundesweit bekennen?“, fragte der Verbandsvorsitzende.

Berlin, den 23. Juni 2011

*Eva Hertzfeldt*  
*Pressesprecherin*